

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nach § 60 (2) der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg in der Landtagssitzung am 25.04.2012

(Drucksache 5/5084 - Neudruck)

Energiepolitik der Bundesregierung vernichtet Arbeitsplätze in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zur brandenburgischen Photovoltaikbranche und begrüßt die von der Landesregierung initiierten Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Technologie im Land Brandenburg.
2. Der Landtag unterstützt die gemeinsame Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Nordrhein-Westfalen vom 23.03.2012 (Bundesratsdrucksache 151/12), in der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, von der geplanten Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom von 20 bis 29 Prozent Abstand zu nehmen.
3. Der Landtag begrüßt die Kabinettsentscheidung zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Standortstabilisierung und fordert das Unternehmen First Solar auf, eine Transfergesellschaft für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gründen und zu finanzieren.
4. Der Landtag sieht in Innovationen und neuen Technologien entscheidende Elemente zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Solarwirtschaft. Deshalb ist der Bund aufgefordert, ein mit den Ländern erarbeitetes Maßnahmenkonzept vorzulegen.

Begründung:

Die Solarindustrie ist bisher ein wichtiger Bestandteil einer gesellschaftlich notwendigen und politisch gewollten Energiewende. Insbesondere in Ostdeutschland ist sie darüber hinaus zu einem wichtigen industrie- und strukturpolitischen Faktor geworden. Die Perspektive dieser Branche könnte in der Entwicklung und im Transfer von

Technologie liegen. Insgesamt muss es gelingen, die Innovationskraft der regenerativen Energiewirtschaft zu stärken, denn diese ist unverzichtbarer Bestandteil des Industriestandortes Deutschland. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Länder, um geeignete Rahmenbedingungen, Anreize und Instrumentarien in- und außerhalb des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes zu schaffen.

Darüber hinaus gilt es von Seiten des Landes, den von Entlassungen bedrohten bzw. betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung und Hilfestellungen zu geben.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE